

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 12.01.2006**

öffentlich

Ort: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
Schopenhauerstraße 4

Zeit: 16:00 Uhr bis 20.15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Thomas Godenrath	stimmb.Mitgl.	
Frau Heike Wießner	„	
Frau Ute Haupt	„	
Herr Hendrik Lange	„	i.V. Herr Dr. Bartsch
Frau Gertrud Ewert	„	
Frau Hanna Haupt	„	
Frau Dr. Gesine Haerting	„	
Frau Elke Schwabe	„	
Frau Brigitte Thieme	„	
Herr Leonhard Dölle	„	
Frau Beate Gellert	„	
Frau Bärbel Scheiner	„	
Herr Winfried Weber	„	
Herr Helmut Becker	berat.Mitgl.	
Herr Herbert Jomrich	„	i.V. Frau Franke
Frau Renate Leonhard	„	
Frau Peggy Rarrasch	„	
Herr Lothar Rochau	„	
Frau Petra Schneutzer	„	
Frau Dr. Christine Slomka	„	bis 17.30 Uhr anwesend
Frau Dagmar Szabados	„	
Herr Goswin van Rissenbeck	GB V	
Frau Kamprath	GB V	
Herr Uwe Weiske	GB V	

Entschuldigt fehlen:

Frau Antje Klotsch	stimmb.Mitgl.	
Herr Uwe Kramer	„	entschuldigt
Frau Müller	berat.Mitgl.	
Herr Max Privorozki	„	entschuldigt
Herr Sarunski	„	
Frau Susanne Wildner	„	Mutterschaftsurlaub

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 01. Dezember 2005
- 4. Vorstellung des Trägers Riesenklein e.V.
- 5. Fortschreibung und Präzisierung des mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2006/07
Vorlage: IV/2005/05182 **dieser TOP wurde nicht noch einmal behandelt (Ergebn.12/05 hat Bestand)**
- 6. Spielflächenkonzeption der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2005/05176
- 7. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2004
Bitte an die Stadträte ihre Vorlage mitzubringen! Vorlage: IV/2005/05503
- 8. Bericht zum "Fanprojekt"
Berichterstattung: Frau Brederlow, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 10. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
- 11. Anregungen
- 12. Mitteilungen

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Da keine Kinder und Jugendlichen zur Sprechstunde erschienen waren wurde sofort mit der Sitzung begonnen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung als auch die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt sprach an, dass der TOP 5 – Schulentwicklungsplanung – nicht nochmal behandelt werden muss. Der Bildungsausschuss hat diesen auch nicht nochmal behandelt sondern es fand eine Verständigung darüber statt, dass die Abstimmungsergebnisse vom Dezember 2005 verbindlich angesehen werden. Somit wird TOP 5 gestrichen.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 01. Dezember 2005

Frau Dr. Haerting sprach an, dass in der Niederschrift unter TOP 6 die Beschlussvorschläge alt stehen und nicht die im Bildungsausschuss beschlossenen. Da sich der Jugendhilfeausschuss den Beschlüssen des Bildungsausschusses angeschlossen hat müssen diese übernommen werden, da es sonst zu Irritationen kommt.

Frau Hanna Haupt bat darum, dass die auf Seite 8 und teilweise 9 enthaltenen Beschlüsse in der vorliegenden Niederschrift gestrichen werden.

Weitere Änderungshinweise gab es nicht und damit wurde die Niederschrift genehmigt.

zu 4 Vorstellung des Trägers Riesenklein e.V.

Vom Riesenklein e.V. waren die Geschäftsführerin, **Frau Horn** und die Leiterin der Kita, **Frau Heger** und die Koordinatorin der Kinderwerkstatt, **Frau Tendler** gekommen. Es wurden 4 Kinder mitgebracht, welche sich mit ihren kreativen Arbeiten vorstellten.

Frau Horn stellte den Verein mit seinem Anliegen vor. Der Sitz des Vereins ist jetzt in der Dessauer Straße 152 (Frohe Zukunft).

Frau Heger informierte über die Kita, welche 27 Kinder im Alter von 2 – 6 Jahren besuchen. Sie lud zum Tag der Offenen Tür am 01.04.06 ein.

Frau Tendler informierte über die Kinderwerkstatt, welche strukturell mehr mit der Schule vernetzt ist.

Anfrage durch ein Mitglied (STR) ob Kita, Schule und Kinderwerkstatt in einem Gebäude auf verschiedenen Etagen untergebracht sind.

Frau Tendler antwortete, dass es feste Kindergartenräume gibt, welche von Kita und Schule genutzt werden. Durch die gemeinsame Raumnutzung erfolgt eine gute Auslastung. Dann gibt es noch ein Atelier und Werkstatträume.

Anfrage durch ein Mitglied (STR) ob sich die Kita über die Elternbeiträge finanziert. Werden in der Kita Kinder aus „allen sozialen Elternschichten“ aufgenommen.

Frau Horn antwortete, dass der Verein nach dem Gedanken von Célestin Freinet arbeitet. Der Verein ist gegenüber allen sozialen Schichten offen. Wer den Platz nicht finanzieren kann, hat die Möglichkeit durch eine Kursgestaltung beim Verein die Kita-Gebühren für sein Kind senken zu können.

Anfrage durch ein Mitglied (skE) ob auch integrative Kita-plätze angeboten werden.

Frau Heger antwortete, dass bereits ein Kind mit Down Syndrom die Einrichtung besuchte und man versucht, auch hier zukünftig Möglichkeiten zu bieten.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zum Alter, da „ab 2 Jahre“ erwähnt wurde.

Frau Horn antwortete, dass zwei Kinder in diesem Alter Aufnahme gefunden haben, da auch die Geschwisterkinder die Einrichtung besuchen.

Anfrage durch ein Mitglied (STR) zur Qualifikation des Personals.

Frau Horn antwortete, dass die Mitarbeiterinnen über einen Diplom-Sozialpädagogenabschluss verfügen und zusätzlich auch über Fortbildungen zu Montessori oder Freinet.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) zur Trägerstruktur, Vereinsstabilität, Mitgliederzahlen.

Frau Horn antwortete, dass sie Geschäftsführerin und Mitglied im Vorstand ist. Der Verein hat sich im April 2001 als gemeinnütziger Verein gegründet.

Mittlerweile sind 88 Mitglieder im Verein, Der Mitgliedsbeitrag ist ab 1€ jährlich zu entrichten. Der Vorstand besteht aus 7 Personen und ist gemischt. Sie ist als Schulleiterin und Lehrerin beim Verein tätig. Es sind auch Eltern im Vorstand.

Da keine weiteren Anfragen waren, **dankte Frau Hanna Haupt** dem Verein.

**zu 5 Fortschreibung und Präzisierung des mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2006/07
Vorlage: IV/2005/05182**

Dieser TOP wurde abgesetzt, da der Bildungsausschuss dazu nicht noch mal getagt hat und demzufolge der Jugendhilfeausschuss auch nicht noch mal tagen muss. Es bleibt bei den Abstimmungsergebnissen von Dezember 2005.

**zu 6 Spielflächenkonzeption der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2005/05176**

Vom Fachbereich Stadtentwicklung und –planung **war Herr Pohl** zur Vorstellung der Spielflächenkonzeption erschienen.

Herr Pohl sprach an, dass die vorliegende Spielflächenkonzeption (SFK) ein Gemeinschaftswerk in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie ; Kinderbüro, Streetwork, Sozialraumkoordinatoren ist. Per Beamer stellte er hierzu entsprechende Analysekarten vor. Diese erläuterte er ausführlich.

Basis bei der heute vorliegenden Fassung der SFK war die Konzeption aus dem Jahr 2001 und die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur in der Stadt Halle (Saale). Nach 5 Jahren kann jetzt eine Zwischenbilanz gezogen werden. Schwerpunkt hierbei ist es, bestehende Angebote bei Bedarf qualitativ aufzuwerten und Schwerpunktgebiete zu sehen.

Als Schwerpunktgebiete für die Schaffung von Spielplätzen oder deren Aufwertung werden das Paulusviertel, die südliche Innenstadt, die nördliche Innenstadt und Nietleben gesehen. Die Bewertung der Spielplätze erfolgte nach Prioritäten (qualitativ und quantitativ) und Rangordnung. Es soll versucht werden, mit Fördermitteln neue Angebote zu schaffen. Die städtischen Spielflächen unterteilen sich nach kommunalen aber auch privaten Spielplätzen, Spielplätzen von Wohnungsgesellschaften. Es wurden nicht nur Spielplätze sondern auch Spielflächen und Erlebnisräume in der Stadt aufgenommen und geprüft. Bei den privaten Spielplätzen ist eine Rücknahme bis zu 40 % erfolgt. Es erfolgte hier ein Rückbau, welcher bspw. durch die Wohnungsunternehmen mit der Beschwerdeführung älterer Mieter und dem Rückgang von Kinderzahlen im jeweiligem Wohngebiet begründet wurde. Herr Pohl verwies auch auf den Neubau von Spielplätzen, welcher zwischen 1999 bis 2005 stattgefunden hat (Silberhöhe, Peißnitz, Thüringer Bahnhof, Heide-Süd). Er sprach an, dass auch Spielplätze mit einer besonderen Ausstattung geschaffen wurden (Skaterplatz, Wasserspielplatz, Bolzplatz)

In Planung befindet sich auch ein integrativer, barrierefreier Spielplatz in Neustadt, welcher evtl. 2006 kommt. Mittelfristig ist auch die Aufgabe oder Übergabe an freie Träger von kommunalen Spielplätzen geplant. Er verwies auch darauf, dass Spielflächen nicht nur für Kleinkinder sondern bis für 18jährige geschaffen werden sollen, da die Bedarfe hierfür gesehen werden. Insgesamt muss natürlich auch die finanzielle Situation in der Stadt gesehen werden, da die Mittel nur begrenzt zur Verfügung stehen.

Anfrage durch ein Mitglied (STR) welche Erwägungen für einen Standort im Paulusviertel gesehen werden.

Herr Pohl antwortete, dass evtl. die Steffensstraße oder die Kleingartenanlage am Tierheim hierfür in Frage kommen könnten.

Anfrage durch ein Mitglied (STR) welche finanziellen Grundlagen, z.B. auch Spendenmittel, für die Schaffung neuer Spielplätze oder die Aufwertung bestehender Spielplätze vorliegen und wo diese Mittel ausgewiesen werden.

Herr Pohl antwortete, dass diese Vorlage bewusst erst mal nur aus fachlicher Sicht erstellt wurde, so dass die Bedarfe und Schwerpunkte in der Stadt hierzu deutlich werden. Für diese Schwerpunkte soll gesondert eine Vorlage zum Haushalt vorgelegt werden. Er verwies darauf, dass die finanziellen Mittel sehr begrenzt zur Verfügung stehen. Heute soll nur aus fachlicher Sicht zu der Spielflächenkonzeption, so wie diese jetzt vorliegt, abgestimmt werden.

Anfragen durch ein Mitglied (STR):

- Was wird unter den auf S. 9 erwähnten „qualitativen Faktoren“ verstanden.
- Zur Situation der Spielplätze von Wohnungsunternehmen und deren Sicherung kam der Hinweis, dass hier doch ein Interesse der Unternehmen an jungen Familien vorhanden sein müsste.
- Zur Skateranlage Stadtpark: Wieso soll diese dort weg und dafür zum Rossplatz verlegt werden ; die Aufenthaltsqualität am Rossplatz lässt sehr zu wünschen übrig
- Frage zum Effekt modellierter Spielplätze; teure genormte Spielgeräte bringen oft weniger als selbst entwickelte z.B. Budenbau

Positiv erwähnt wurde durch das Mitglied der sehr gut gestaltete Spielplatz am Thüringer Platz.

Gleichgelagerte Fragen kamen durch ein anderes **Mitglied (STR)** noch dazu:
Welche flexiblen Möglichkeiten sind bei der Gestaltung von Spielplätzen geplant.
Ist den Beschlusspunkten zu 2./3. zu entnehmen, dass dies innerhalb von 5 Jahren umgesetzt sein wird.

Herr Pohl antwortete auf die Fragen wie folgt:

Unter Qualität ist der Zustand der Spielplätze als auch der Spielgeräte gemeint. Die Skateranlage im Stadtpark sollte erhalten bleiben, jedoch gab es eine andere Entscheidung hierzu. Der Rossplatz ist ein guter Standort, nur sind die Geräte dort nicht ausreichend. Es soll nicht nur die „klassischen“ Spielplätze geben sondern es wird auch nach Möglichkeiten gesucht, wo Spielangebote geschaffen werden können. Die Konzeption soll die Grundlage für einen Neubau oder eine Aufwertung von Spielplätzen bilden. In Zusammenarbeit mit dem Kinderbüro sollen Kinder und Jugendliche hierbei einbezogen werden. Eine Ideenfindung zur Gestaltung soll vor Ort mit diesen erfolgen. Die Angebote sollen sich nach den Wünschen der Kinder mit richten. Ein vollwertiges Angebot besteht z.B. auf der Spielfläche am Thüringer Bahnhof. Die Wohnungsunternehmen richten sich nach ihren Mietern. Wenn überwiegend ältere Bürger in einem Wohngebiet wohnen wird kaum noch Bedarf an Spielplätzen gesehen und außerdem gibt es auch vermehrte Beschwerden, da die älteren Bürger ihre Ruhe haben möchten und sich durch Spielplätze darin gestört sehen. Übersehen wird hierbei, dass trotzdem auch zukünftig mit Familien in den Gebieten zu rechnen ist und die Voraussetzungen hierfür schon vorhanden sein sollten. Außerdem garantiert der Rückbau von Spielplätzen nicht, dass sich nicht nach wie vor an diesem Ort weiterhin Kinder oder Jugendliche treffen werden.

Herr Rochau verwies darauf, dass die Zusammenarbeit nicht nur mit dem Kinderbüro sondern auch den Verantwortlichen der Sozialräume erfolgt. Hierbei werden die Kinder und Jugendlichen selbstverständlich mit einbezogen. Die Bedeutung von Trendsportarten darf

ebenfalls nicht übersehen werden. Bei der Frage der Spielplatzgestaltung im jeweiligem Sozialraum sind alle Fachleute in der Jugendhilfe gefragt.

Herr Weiske sprach an, dass seit 5 Jahren die AG Spielplätze sich mit der Situation von Spielplätzen in der Stadt Halle (Saale) beschäftigt. Die Bewertung der Spielplätze, welche sich jetzt in der Konzeption niederschlägt, wurde vor Ort gemeinsam mit den Sozialraumkoordinatoren des jeweiligen Sozialraumes vorgenommen. Die Kriterien der Bewertung wurden durch Herrn Pohl bereits genannt bzw. durch die Analysekarten vorgelegt.

Anfrage durch ein Mitglied (STR) wo die Kinder sind, welche die Spielplätze „testen“. Ein Projekt in Magdeburg wurde als Beispiel genannt.

Herr Weiske antwortete, dass bspw. freie Träger Exkursionen mit Kindern gemacht haben. Es wurden Stadtteilpläne mit diesen gemeinsam erarbeitet

Frau Brederlow sprach an, dass es „Spielplatzdetektive“ wie in Magdeburg hier nicht gibt. Aber die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen erfolgt u.a. auch über den Kinder- und Jugendrat. Dieser orientiert sich jetzt in seiner Tätigkeit auch nach den Sozialräumen. Es wurden auch Spielplatzprojekte über das Kinderbüro gemacht, welche auch im Jugendhilfeausschuss vorgestellt wurden, z.B. „Waldstadt Silberhöhe“ . Bei der Skaterparkanlage waren von Anfang an Jugendliche einbezogen.

Ein Mitglied (STR) fragte nach, wer „TÜV“ ist, wie oft kommen diese zur Kontrolle, wie viel Kosten sind damit verbunden, wo sind diese im Haushalt enthalten.

Herr Pohl antwortete, dass die Fragen zum TÜV mit dem FB Grünflächen geklärt werden müssen, da er dies nicht im Detail beantworten kann. Klar ist, dass bei neuen Spielplätzen der TÜV zur Abnahme kommen muss. Auch bei dem Bau von Skaterelementen wird der TÜV einbezogen. Bei der Einbeziehung von Jugendlichen beim Bau der Skateranlage wies er darauf hin, dass diese ihre Vorschläge gemacht haben und versucht wurde, dies umsetzen zu können.

Die Beschlussvorlage soll so gesehen werden, dass klar ist, wie der jetzige Stand zu Spielplätzen ist und wo die Schwerpunkte gesehen werden.

Die Verwaltung sicherte zu, die Fragen zum TÜV mit dem Fachbereich Grünflächen zu klären.

Anfrage durch ein Mitglied (STR) wer das entschieden hat, das die Skateranlage am Stadtpark wekommt und zum Rossplatz soll.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass es u.a. viele Beschwerden von Anwohnern dort gab. Die Wohnungen liegen sehr nah am Stadtpark dran. Je mehr Beschwerden kommen, um so mehr suchen auch die Jugendlichen nach Ausweichmöglichkeiten. Deshalb haben sich die Jugendlichen auch für den Thüringer Bahnhof entschieden.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde ebenfalls darauf verwiesen, dass die Wohnungsunternehmen mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben. Viele Mieter verlangen dann gleich Mietminderung auf Grund einer zu hohen Kinderlärm“belästigung“. Dies wird vor allem von älteren Bürgern als unzumutbar bezeichnet. Es bedarf noch mehr politischer Unterstützung in der Frage der Zukunft von Kindern und Jugendlichen.

Herr Rochau erinnerte auch an die damalige Diskussion zum Neubau des Schnatterinchens. Ein Verdrängungswettbewerb durch Senioren ist vorhanden.

Herr Pohl sprach an, dass es viele Diskussionen mit Anwohnern an verschiedenen Standorten gab. Z.B. betreffs Spielplatz an S-bahn Trotha. Die Anwohner wollen dort kein Angebot sondern ihre Ruhe. Die Wohnungsunternehmen wollen ihren Mietern gerecht werden, um diese zu halten. Es wird nicht bedacht, dass Kindergenerationen nachwachsen.

Durch ein Mitglied (StR) wurde der Vorschlag unterbreitet, dass die Zusammenarbeit mit Seniorengruppen erfolgen sollte, und diese auch mal bspw. zu einem Besuch an einer Skateranlage zu animieren. Dort wird deutlich, mit wie viel Freude Jugendliche skaten und was für sie Erfolge sind. Vielleicht würden solche Kontakte Weichen stellen.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde angesprochen, dass die Trendwende beachtet werden muss. Wenn Altersstruktur in einem Gebiet überwiegend ab 60 Jahre besteht, ist klar, dass dort Ruhe gewünscht wird. Sobald eine junge Struktur heranwächst, sollten Wohnungsunternehmen reagieren können. Unverständnis dafür, wenn die Stadt auf Beschwerden mit einem Rückzug reagiert. Die Stadt hat familienfreundliche Leitziele beschlossen, dazu sollten der Jugendhilfeausschuss und der Stadtrat auch stehen. Die Unterstützung freier Träger dazu wird zugesagt. Ein Rückbau von Spielplätzen wird als bedenklich angesehen.

Herr Pohl verwies darauf, dass rechtlich gesehen, bei Wohnungsangeboten auch Spielplätzen geschaffen werden sollen. Im Sinne einer guten Zusammenarbeit zwischen Stadt und Wohnungsunternehmen sollen die rechtlichen Aspekte nicht ins Spiel gebracht werden sondern eine Überzeugungsarbeit geleistet werden. In Wohnungslenkungsgruppen soll dafür geworben werden, in den Wohngebieten geeignete Spielflächen anzubieten. Die Wohnungsunternehmen sind hier in der Verantwortung. Der Rückhalt von Politik wird gewünscht, wenn es in Wohngebieten zu derartigen Beschwerden gibt. Es wird bereits beachtet, dass bei Bolzplätzen und Skateranlagen diese nicht unmittelbar dicht angrenzend an Wohngebiete gebaut werden.

Da es keine weiteren Diskussionspunkte gab dankte **Frau Hanna Haupt** Herrn Pohl und rief zur Abstimmung der Beschlussvorschläge auf.

Beschlussvorschlag:

1. Die Spielflächenkonzeption 2005 wird bestätigt
2. Die Handlungsvorschläge werden entsprechend der getroffenen Prioritätensetzung und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel schrittweise umgesetzt.
3. Die Konzeption ist kontinuierlich fortzuschreiben und nach ca. fünf Jahren erneut dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss **stimmte mit 2 Enthaltungen zu.**

**zu 7 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2004
Bitte an die Stadträte ihre Vorlage mitzubringen!
Vorlage: IV/2005/05503**

Frau Hanna Haupt begrüßte vom Fachbereich Organisation und Personalwesen Frau Andres und vom ZGM Frau Thomaschewski, welche für Anfragen mit zur Verfügung stehen.

Herr Rochau sprach an, dass im Ansatz des Haushaltes des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie eine neue Situation entstanden ist. Es gibt jetzt den Eigenbetrieb für Kindertagesstätten, deren Geschäftsführer Herr Kreisel heute mit anwesend ist. Er sprach an, dass die Gesamtausgaben mit Kita 82.065.500 EUR betragen. Davon kommen allein 51% auf die Zuschüsse Kita (Eigenbetrieb und Freie Träger), der Bereich Hilfen zur Erziehung nimmt 23% ein und die Personalkosten 11 %, auf den Bereich Unterhaltsvorschuss entfallen 5 % und jeweils 4 % auf den Bereich Förderung freier Träger als auch Ermäßigung Kita. Jeweils 1 % entfallen auf ZGM (Miete, Bewirtschaftung) und auf den sonstigen Bereich (Verwaltung, Jugend-, Jugendsozialarbeit). Herr Rochau sprach an, dass 14 Personalstellen dem Fachbereich verloren gegangen sind, da Mitarbeiter mit ihrer Personalstelle zur ARGE wechselten oder in Altersteilzeit gingen.

Frau Andres sprach an, dass die Personalkosten gesenkt wurden. Erstmals ist dies um unter 30% im Verwaltungshaushalt zu verzeichnen. Dies hängt mit der Bildung des Eigenbetriebes Kita und der Kompensierung von Tarifangleichung und Stundenerhöhung zusammen. Die Einführung des TvÖD wurde erfolgreich durchgeführt. Es gibt dadurch nur noch Beschäftigte mit Entgeltgruppen und keine Unterteilung nach Angestellte und Arbeiter mehr. Da die Einführung erst im Oktober 2005 erfolgen konnte, waren noch keine Daten dafür vorhanden, welche jetzt vorliegen. Der Vorbericht zum Haushalt wurde im Juni 2005 erstellt, jetzt liegen die veränderten aktuellen Zahlen vor. Gegenüber dem 1. Entwurf ist jetzt eine Personalkostenreduzierung von 419.800 EUR im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie zu sehen. Es war nicht absehbar, wie viel Mitarbeiter in Altersteilzeit gehen werden und in die ARGE wechseln.

Anfrage durch ein Mitglied (STR) zur Haushaltsneutralität.

Frau Andres antwortete, dass die Umsetzung von Mitarbeitern in die ARGE ausgabeseitig vom UA 4070 in den UA 4050 erfolgt (Planansätze werden verschoben). Diese Verschiebung ist haushaltsneutral.

Herr van Rissenbeck erläuterte, dass sich keine direkte Änderung ergibt, da dieses Personal weiterhin im Haushalt der Stadt Halle bewirtschaftet wird. Im Sammelnachweis ist dies haushaltsneutral dargestellt.

Frau Thomaschewski sprach an, dass im Vorbericht auf Seite 125 Angaben vom August 2005 noch stehen, mittlerweile gibt es neue Mietpreise. Es wurden zur Konkretisierung erst noch Basiszahlen benötigt, welche nun vorliegen. Ursachen für Mietpreiserhöhungen liegen bspw. in den höheren Personalkostenaufwendungen als berechnet, dies resultiert aus Schulschließungen 2006. Bei der Kaltmiete gibt es eine geringe Erhöhung und bei den Bewirtschaftungs- und Reinigungskosten erfolgte eine Verringerung. Die Heizkosten sind ca. 13-18 % höher; der Gaspreis und die Fernwärme wurden erhöht; die Stromkosten wurden von 2004 zu 2006 um 18% gesteigert. Die m²-Anzahl hat sich durch die sozialräumliche Unterteilung im Fachbereich auch verändert. Für die Stadt hat sich insgesamt in allen UA eine Verbesserung von 1,4 Mio EUR ergeben. Es geht hierbei um die gesamte Vermietung

und das Sondervermögen. Die Vermietung an freie Träger befindet sich im Wirtschaftsplan. Im Haushaltsplan ist nur die Vermietung für den Fachbereich enthalten.

Herr van Rissenbeck erläuterte, dass bspw. der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie das Objekt in der Schopenhauerstraße anmietet und die Miete an ZGM zahlt. Das sind die Mietkosten, über welche jetzt geredet wird.

Frau Hanna Haupt rief zur **Behandlung der einzelnen Unterabschnitte** auf.

Seite 204 UA 4070 Verwaltung der Jugendhilfe

Anfrage durch ein Mitglied (STR) ob hier eine Änderung der Personalkosten vorliegt.

Frau Andres antwortete, dass es hier eine Personalkostenreduzierung in Höhe von 80.300 € gibt.

Anfrage durch ein Mitglied (STR) zu den Mietkosten.

Frau Thomaschewski antwortete, dass hier ein Zuwachs von ca. 600 m² gibt. Der Aufwuchs ist auf die Zuordnung der sozialraumbezogenen Objekte – hier Objekte Ernst-Haeckel-Weg und Stendaler Straße – zurückzuführen.

Herr Rochau sprach an, dass eine sozialräumliche Umstrukturierung im Fachbereich im 2005 erfolgte, so wie es durch den Stadtrat beschlossen wurde. Zum 01.04.05 wurde das Sozialraumzentrum im Ernst-Häckel-Weg in Neustadt eröffnet, mit ca. 50 Mitarbeitern. Das Objekt im Radeweller Weg wurde im Herbst angemietet, dort sind 32 Mitarbeiter untergebracht, dafür wurde das Objekt in der Merseburger Straße aufgegeben.

Herr Zwakhoven ergänzte, dass sich das fast ausgleicht, insgesamt ist dadurch ein Mehraufwand von 45.000 € entstanden.

Herr Rochau verwies noch darauf, dass hier auch Jugendfreizeiteinrichtungen an freie Träger mietmäßig überführt wurden. Diese Mieten sind aus dem Haushalt des Fachbereiches raus, aber im UA 4750 als Zuschüsse an freie Träger mit drin.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zum Stellenanteil alt und neu

Frau Andres sicherte zu, dass der Stellenplan aktuell noch nachgereicht wird.

Herr van Rissenbeck sprach an, dass der Entwurf bereits vorliegt, dieser muss noch geringfügig verändert werden. Für den Finanzausschuss wird dies vorliegen. Anschließend müssen die Fachbereiche 50 und 52 diesbezüglich geprüft und verändert werden.

Frau Andres teilte mit, dass 39 Mitarbeiter aus der Verwaltung in die ARGE gewechselt sind.

Anfrage eines Mitgliedes (StR) zur untenstehenden Erläuterung zur Zuschusserhöhung bedingt durch den Aufgabenzuwachs im Kinderbüro.

Herr Rochau antwortete, dass im Kinderbüro jetzt auch ein Jugendhilfeplaner und die Suchtpräventionsfachkraft sitzt. Es wurde eine Personalstelle diesem Bereich zugeordnet.

Anfrage durch ein Mitglied zum Aufwuchs bei den Miet- und Bewirtschaftungskosten.

Frau Thomaschewski antwortete, dass sich die Bewirtschaftungskosten pro m² von 3,31 € auf 3,54 € gesteigert haben.
Die Bewirtschaftungskosten wurden an den voraussichtlichen Verbrauch 2006 angepasst.

Durch ein Mitglied (StR) wurde vermerkt, dass dies erläuternd auf diesem Blatt unten hätte stehen können. Dann wäre es weniger verwirrend gewesen.

Frau Thomaschewski wies darauf hin, dass der Haushaltsplan vom Fachbereich Finanzservice erstellt wird.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) wo im Jugendbereich nochmals Einsparungen erfolgten bzw. auch noch mit Einsparungen zu rechnen ist.

Herr Rochau antwortete, dass es ein Konsolidierungskonzept III gibt.

Durch ein Mitglied (StR) wurde darum gebeten, dass die aktuellen Personalkosten und die Mietflächen vor dem Finanzausschuss zur Verfügung gestellt werden. Ebenfalls die Übersicht zur Ausgabenverteilung im Fachbereich.

Herr van Rissenbeck sagte zu, dass die Personalkosten und eine Kurzdarstellung zur m²-Verschiebung an die Fraktionen und den Finanzausschuss gehen. Die Übersicht Ausgabenverteilung kommt ebenfalls dazu.

Weitere Anfragen gab es zum UA 4070 nicht.

S. 224 UA 4510 Kinder- und Jugendarbeit

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zur Steigerung in den Sachausgaben eigene Veranstaltungen.

Frau Brederlow antwortete, dass der Fachbereich mit dem Familienaktionstag 2005 beauftragt wurde und dies erscheint jetzt dort mit.

Anfrage eines Mitgliedes (StR) zum letzten Satz auf der Seite

Herr Rochau antwortete, dass dieser Satz unter fast alle Unterabschnitte gehört hätte, da dies korrekterweise so ist.

Frau Schneider ergänzte, dass zu jeder einzelnen Position konkrete Begründungen abgegeben worden sind. Dies wurde durch den Fachbereich Finanzservice verallgemeinert. Die Abweichungen sind teilweise unerheblich.

Ein Mitglied (StR) sprach an, dass die Vergleichbarkeit jetzt schwer ist, wenn die aktuellen Zahlen nicht vorliegen. Im nächsten Jahr sollte dies verbessert werden.

S. 225 UA 4520 Jugendsozialarbeit

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zum kontinuierlichem Anstieg der Fernmeldeentgelte und der Dienstreisen.

Frau Brederlow antwortete, dass der Anspruch auf Dienstfahrkarten durch die Sozialraumorientierung höher geworden ist, da die Entfernungen zum Hauptsitz Schopenhauerstraße zu Beratungen etc. höher geworden ist. Die Telefonkosten haben sich dadurch ebenfalls erhöht, da nun kein Stadtanschluss 221- mehr gegeben ist sondern

externe Telefonnummern vergeben wurden. Das kostet entsprechend. Eine neue Telefonanlage würde zu hohe Kosten verursachen.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zur Höhe des Handgeldes für Streetwork.

Herr Rochau antwortete, dass pro Monat für jeden Streetworker 50 € geplant wurden.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zu den zusätzlichen Monatskarten. Es gab doch Neuregelung, dass Mitarbeiter, welche über eine private Fahrkarte verfügen diese auch dienstlich nutzen sollen. Vorher beteiligte sich die Stadt anteilig an den Monatskarten, wenn diese auch dienstlich genutzt wurden. Die Neuregelung wird für kontraproduktiv empfunden.

Herr Zwakhoven antwortete, dass die vorhandenen Monatskarten bereits durch mehrere Mitarbeiter genutzt werden und schon dadurch Einsparungen erfolgen.

Herr van Rissenbeck ergänzte, dass diese Festlegung auf Grundlage des Bundesreisekostengesetzes getroffen wurde. Im Rahmen des Dienst- und Treueverhältnisses sowie des allgemeinen Sparsamkeitsgrundsatzes sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer verpflichtet, Reisekosten so gering wie möglich zu halten.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) welche Mitarbeiter aus diesem Bereich in die ARGE wechselten.

Frau Andres antwortete, dass es hier eine Umsetzung in die ARGE und eine Umsetzung in den UA 4551 gab, dadurch entstand eine Reduzierung von 78.200 € .

S. 226 UA 4530 Förderung der Erziehung in der Familie

Herr Rochau sprach an, dass es sich hierbei um einen „Durchlaufposten“ handelt. Es handelt sich hierbei um die Förderung des Landes für Familienerholungsmaßnahmen. Der Ansatz beträgt 20.000 €. Die Familien nehmen dieses Angebot schlechter an, seit die Förderrichtlinie des Landes verändert wurde und den Familien die Einrichtungen vorgeschrieben sind, in welchen Urlaub gemacht werden soll, um die Kosten rückerstattet zu bekommen.

S. 226 UA 4550 Hilfe zur Erziehung im Zusammenhang mit S. 229 UA 4560 Hilfen für junge Volljährige/Inobhutnahme

Herr Rochau sprach an, dass hier 18,6 Mio € im Ansatz drin sind. Durch die Verwaltung wurde entschieden, dass der Haushaltsansatz 2005 in Höhe von 19,1 Mio € für das Haushaltsjahr 2006 um 570 000 € reduziert wird. Diese realistische Kürzung von 570 000 € begründet sich durch die konsequente Verselbständigung junger Erwachsener, auch durch die Aquse von Pflegefamilien, und Verhandlungen mit der Schule zum § 35a. Er erläuterte dies anhand einer Folie, auf welcher die Haushaltsansätze mit den jeweiligen Hilfeformen dargestellt sind. Somit ist die Summe von 18.578.500 € insgesamt bei den UA 4550 und 4560 klar.

Ein Mitglied (StR) bat darum, dass diese Folie auch zur Verfügung gestellt wird.

Die Verwaltung sicherte dies zu.

Anfrage durch ein Mitglied (skE) wo die Leistungen der Träger von Einrichtungen gesehen werden.

Herr Rochau antwortete, dass die Hilfen sich an Familien, welche Leistungen nach dem SGB II erhalten, orientieren. Die Anzahl der Familien, welche HzE erhalten, ist höher geworden als die der Familien, welche Leistungen nach SGB II erhalten.

S. 227 UA 4551 Allgemeiner Sozialer Dienst

Anfrage durch ein Mitglied (StR) ob die Absenkung der Miete mit der Belegung durch die anderen Räumlichkeiten zusammenhängt.

Frau Thomaschewski bejahte dies.

Anfrage durch ein Mitglied (skE) zur Begrifflichkeit ASD und BSD.

Herr Rochau antwortete, dass dies arbeitsbegrifflich getrennt zu sehen ist. Im Besonderen Sozialen Dienst sind die Fachdienste wie Jugendgerichtshilfe, Pflegekinderwesen, Jugendsozialarbeit, Jugendarbeit enthalten. Der Allgemeine Soziale Dienst ist bekannt.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) wie die Fallzahlen pro Mitarbeiter sind.

Herr Rochau warnt davor, an dieser Stelle Fallzahlen zu benennen.

Es gibt hier Unterschiede zwischen 25-40 Fällen. Was ist ein Fall? Es ist immer die Komplexität bei dem jeweiligem Fall zu sehen und nicht zu verallgemeinern.

Das Mitglied (StR) fragte an, ob mit vergleichbaren Städten die Fallzahlen verglichen wurden.

Herr Rochau antwortete, dass natürlich auch Vergleiche eingeholt wurden. Dennoch müssen die Fälle unterschiedlich gewertet werden.

Frau Heder ergänzte, dass eine Statistik im ASD gemacht wird. Es gibt verschiedene Beratungsarten. Die Zahlen waren auch Grundlage des Berichtes dazu, welcher in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Jahr 2004 gehalten wurde. Die Verteilung der Fachkräfte erfolgt fachbezogen.

Ein Mitglied (StR) bat darum, dass die Zahlen der Selbstmelder 2005 noch an sie nachgereicht werden.

Dies sagte die **Verwaltung zu**.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zu den Personalkosten.

Frau Andres antwortete, dass im UA 4551 eine Einsparung von 158.700 € bei den Personalkosten erfolgte.

S. 228 UA 4552 Besonderer Sozialer Dienst

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zum unteren Hinweis auf der Seite bzgl. erhöhter Ausgaben für Veranstaltungen im Themenjahr.

Frau Brederlow antwortete, dass sie als Ressortleiterin für das Lokale Bündnis für Familien und das Themenjahr 2005 verantwortlich gemacht wurde. Dafür waren keine Haushaltsmittel geplant worden. Die „frühkindliche Bildung“ ist ebenfalls in diesem UA mit drin. Es handelt sich hierbei um „Arbeitstitel“, eine genauere Definition muss erfolgen.

S. 229 UA 4560 Hilfen für junge Volljährige/Inobhutnahme

Herr Rochau wies darauf hin, dass dieser UA bereits im Zusammenhang mit dem UA 4550 erläutert wurde.

Es gab keine weiteren Anfragen dazu.

S. 230 UA 4570 Amtspflegschaft/Vormundschaften

Anfrage durch ein Mitglied (StR) um welchen Mitarbeiterkreis es sich hierbei handelt. Wie liegt die Fallbearbeitung hier.

Herr Wilhelm antwortete, dass es sich um 46 Mitarbeiter handelt, welche Unterhalt, Unterhaltsvorschuss, Amtsvormundschaften und die Familienförderungsmaßnahme bearbeiten.

Im Jahr 2005 wurden 2600 Vaterschaftsfeststellungen und Beurkundungen gemacht. Beratungen zum Unterhalt waren 950 und eine Beratung in einmaligen Fällen gab es 4900 mal.

Im Unterhaltsvorschussbereich wurden 2.850 Fälle und bei der Altaktenbearbeitung 4.200 Fälle bearbeitet.

Um diese Zahlen wurde ebenfalls gebeten.

Es gab keine Anfragen hierzu.

S. 231 UA 4600 Jugendfreizeiteinrichtungen

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zum untenstehenden Vermerk der Wiederbesetzung der Leiterstelle.

Frau Brederlow antwortete, dass diese Stelle erst 2005 wieder besetzt wurde, deshalb erschien 2005 der HH-ansatz 0. Jetzt steht es wieder mit drin.

S. 232 UA 4601 JFE Wasserturm

S. 233 UA4603 JFE Roxy

S. 234 UA 4608 JFE Steg

Diese UA mit Null, da die Jugendfreizeiteinrichtungen in freie Trägerschaft abgegeben wurden.

S. 235 UA 4609 JFE Gimritzer Damm

Anfrage durch ein Mitglied (StR) warum die Fernmeldegebühren sich erhöht haben.

Frau Brederlow antwortete, dass diese Einrichtung jetzt auch einen Internetanschluss hat, welcher zu einer Kostensteigerung führt.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) ob das Surfen im Internet in Rechnung gestellt werden kann.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde hierzu geantwortet, dass dies bei den freien Trägern ebenfalls Kosten verursacht. Eine Rechnung an Jugendliche ist schwer machbar, da die Einzelkosten schlecht ermittelbar sind und die Jugendlichen auch auf Lehrstellensuche im Internet sind. Dies kann im Einzelnen nicht kontrolliert werden.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) wieso die Grundmiete hier um 500 € gestiegen ist.

Frau Thomaschewski antwortete, dass bei der Grundmiete die Erhöhung von 0,19 € dabei ist, welches die 500 € ausmachen. Es gab hier keine m² Erhöhung.

S. 236 UA 4613 KJSZ Klosterstraße

Anfrage durch ein Mitglied (StR) keine HzE in ambulanten Hilfen dort?

Herr Rochau antwortete, dass dort wie beschlossen die Krisenintervention/ Notaufnahme, stattfindet.

Das Mitglied erwähnte, dass der Name des Zentrums dann irrtümlich aufgefasst werden kann.

Frau Heder antwortete, dass eine Namensumbenennung nicht erfolgen sollte. Es ist eine bundesweite Begrifflichkeit, mit welcher auch sofort Jugendliche die Obhutnahme suchen, etwas anfangen können.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zur Statistik der Selbstmelder.

Frau Heder antwortete, dass über das Kinder- und Jugendschutzzentrum im Januar 2004 im Jugendhilfeausschuss vor Ort ein Bericht gehalten wurde, in welchem auch die Statistik enthalten war.

Das Mitglied (StR) bat um die aktuellen Zahlen zu 2005 als Ergänzung zum Haushalt.

Die Verwaltung sicherte dies zu.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zu den gesunkenen Bewirtschaftungskosten im KJSZ.

Frau Thomaschewski antwortete, dass Teile des Objektes z.B. KITA, Kreativzentrum in freie Trägerschaft abgegeben wurden und dadurch die Kosten gesenkt wurden.

S. 237/238 UA 4640 Kindertageseinrichtungen

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zu den Elternbeiträgen.

Durch **Herrn van Rissenbeck** wurde geantwortet, dass die Elternbeiträge jetzt im Eigenbetrieb KITA vereinnahmt werden und nicht mehr unter diesem UA.

Anfrage zum abgekürzten Begriff „Gde.-verb.“ durch ein **Mitglied (StR)**.

Frau Thomaschewski antwortete, dass dies „Gemeindeverbände“ heißt.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zu dem Anspruch von Eltern auf einen Ganztagsplatz, ob dies im Ausgabenaufwuchs berücksichtigt wurde.

Herr van Rissenbeck antwortete, dass dies alles mit eingerechnet wurde.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zur Aufschlüsselung der Zuschüsse an freie Träger.

Herr Zwakhoven antwortete, dass § 11 KiFöG als Landeszuweisung an den örtlichen Träger geht, dieser Landesanteil muss um 53% erhöht und zur Finanzierung von

Kindertageseinrichtungen eingesetzt werden. Die Stadt Halle vereinnahmt dies für sich und gewährt den freien Trägern eine Fehlbedarfsfinanzierung.

S. 240 UA 4750 Förderung der Jugendhilfe

Den Mitgliedern wurde ein Blatt dazu verteilt, welches auch als Begründung in den Finanzausschuss geht. Die Übersicht schlüsselt die Förderbereiche nach Ist 2005 und Plan 2006 auf.

Herr van Rissenbeck machte deutlich, dass es hierbei um die Umsetzung der Prioritäten geht. Hierzu ist kein Beschluss des Jugendhilfeausschusses erforderlich.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) was „Verpflichtungsgrad“ bedeutet.

Herr Rochau antwortete, dass es sich um eine gesetzliche Definition handelt. Der Jugendbereich ist aus dem SGB VIII heraus zu bestimmten Leistungen verpflichtet.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zum hierbei enthaltendem Fachkräfteanteil und der Jugendpauschale, was aus diesem Blatt nicht hervorgeht.

Herr van Rissenbeck antwortete, dass diese Seite noch ergänzt wird, so dass dies besser nachvollziehbar ist. Es wird dem Finanzausschuss korrekt vorliegen.

S. 241 UA 4811 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Herr Rochau sprach an, dass hierzu Herr Wilhelm bereits Aussagen getroffen hat.

Es gab keine Anfragen.

S. 243 UA 4980 Sonstige soziale Angelegenheiten – Halle-Pass

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zur Ermäßigung für Kinderspeisung.

Herr van Rissenbeck antwortete, dass dies hier bereits angepasst wurde.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) den Bürgern bekannt ist, dass sie jetzt selbst den Antrag hierzu stellen müssen.

Herr van Rissenbeck antwortete, dass davon reel ausgegangen werden kann.

Zum UA gab es keine weiteren Anfragen.

Frau Hanna Haupt fragte an, ob damit der Verwaltungshaushalt abgearbeitet ist oder es weitere Anfragen hierzu gibt.

Da es keine Anfragen gab, wurde zum **Vermögenshaushalt 2006** übergegangen.

S. 356 UA4070

S. 357 UA 4520

S. 358 UA 4551

S. 358 UA 4600

Keine Anfragen hierzu, da Planansatz auf Null steht.

Zum UA gab es keine Anfragen.

Durch ein Mitglied (skE) wurde angefragt, wie der Stand zur KITA „Käthe Duncker“ jetzt ist.

Frau Thomaschewski teilte mit, dass hierzu ein Gerichtsverfahren anhängig war. Das Beweisverfahren hierzu ist im Oktober 2005 abgeschlossen worden, auch das zweite Gutachten hierzu liegt vor. Die Gegenpartei war zu einem Vergleich mit der Stadt Halle (Saale) nicht bereit. Deshalb musste das Verfahren hierzu abgewartet werden. Im Grob Ablauf ist jetzt vorgesehen, dass die Sanierung des Objektes bis Ende 08/2006 abgeschlossen sein soll. Die Vorfinanzierung erfolgt über ZGM. Die Projekte werden über das Bauordnungsamt geprüft und genehmigt und dann erfolgt die Ausschreibung. Der Verursacher des Schadens, in diesem Fall die Planungsfirma, muss dann zahlen. Zu dem Stand hierzu wurde aller zwei Monate im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben berichtet. Das Gericht hat noch kein Urteil gesprochen. Die Gutachten hierzu liegen aber beide vor, so dass klar ist, dass der Verursacher zahlen muss. Da dies eingeklagt werden muss, kann sich das durchaus 2 – 5 Jahre hinziehen, bevor das Geld zurückgezahlt wurde.

Damit war diese Anfrage beantwortet. **Frau Hanna Haupt** fragte, ob es zu den übrigen aufgeführten Kita´s Anfragen gibt. Dies war nicht der Fall.

Frau Hanna Haupt fragte an, ob es noch Anfragen an Frau Thomaschewski gibt, da diese heute dem Jugendhilfeausschuss zur Beantwortung zur Verfügung stand und nicht noch einmal kommen wird.

Es gab keine weiteren Anfragen mehr, so dass Frau Thomaschewski verabschiedet wurde.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass sie davon ausgeht, dass der Fachausschuss heute zum Haushalt abstimmen kann.

Durch ein Mitglied (StR) wurde darauf verwiesen, dass noch nicht alle aktuellen Zahlen vorliegen, so dass diese Abstimmung heute als „1. Lesung“ gewertet werden sollte. Dann kann es in den Finanzausschuss gehen. Bis dahin liegen auch allen Stadträten die aktuellen Zahlen zum HH 2006 durch den Fachbereich vor. Sollte es dann noch für erforderlich gehalten werden, muss es erneut auf die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses kommen.

Frau Hanna Haupt machte deutlich, dass heute alle Anfragen durch die Verwaltung beantwortet wurden und die Zusage erfolgte, dass die aktuellen Zahlen vor dem Finanzausschuss vorliegen werden. Der Finanzausschuss ist dann weitergehend zuständig und kann den Haushalt nötigenfalls auch in die Fachausschüsse zurückverweisen.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde darauf verwiesen, dass eine politische Bewertung des Haushaltes noch nicht möglich ist.

Herr van Rissenbeck sprach an, dass auf alle Fragen präzise geantwortet wurde. Der Finanzausschuss wird es nicht behandeln, wenn kein Votum des Fachausschusses vorliegt. Es ist vorgesehen, dass der Haushalt im Februar in den Stadtrat soll. Er bittet heute den Fachausschuss ein Votum hierzu zu fällen.

Durch ein Mitglied (StR) wurde einer Abstimmung zur 1. Lesung zugestimmt. Hanna Haupt rief dazu auf, zur heutigen Behandlung ein Votum abzugeben, dies erfolgte.

Zustimmungen: 5
Enthaltungen: 6
Ablehnungen: 0

Damit wurde in der heutigen Behandlung dem Haushalt 2006 zugestimmt.

Dies wird als 1. Lesung angesehen. Nur wenn es zwingend erforderlich wird, ist es nochmals auf die Tagesordnung im Jugendhilfeausschuss zu setzen.

zu 8 Bericht zum "Fanprojekt"
Berichterstattung: Frau Brederlow, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Herr Rochau sprach an, dass Herr Kluge als verantwortlicher Mitarbeiter für die Fanarbeit mit dem HFC auch anwesend ist und für Anfragen zur Verfügung steht.

Herr Rochau sprach an, dass die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem HFC unterschrieben wurde. Offiziell hat die Arbeit des Fanprojektes am 02.01.2006 begonnen. Die 1. Phase soll auf 3 Jahre festgelegt sein. Räume sollen hierfür über den HFC zur Verfügung gestellt werden und finanzielle Mittel wurden u.a. auch über den Landessportbund beantragt. Die 1,5 Stellen werden aus dem Team Streetwork zur Verfügung gestellt.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zum Resümee des stattgefundenen Fan-Turniers.

Herr Kluge antwortete, dass mittlerweile ein zweiter Mitarbeiter, Herr Roland Hoffmann, zum Fanprojekt dazu gekommen ist. Das Fanturnier fand mit 15 Mannschaften aus allen Fangruppierungen statt. Vom Fanrat waren ebenfalls Vertreter anwesend. Das Turnier verlief friedlich und vom Präsidenten des HFC wurde ein Siegerpokal überreicht.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

zu 10 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Anfrage durch Frau Gellert, ob für 1 € Jobber im sozialen Bereich ein polizeiliches Führungszeugnis erforderlich ist. Wenn ja, wer bezahlt dieses. In anderen Städten wird dies über die ARGE anteilmäßig mitfinanziert. Wie läuft dies in Halle.

Herr Rochau erläuterte die Anfrage dahingehend, dass Hintergrund für das Abverlangen von polizeilichen Führungszeugnissen ist, dass auch Pädophile in der Jugendarbeit tätig waren und dies ausgeschlossen werden soll. Demzufolge die Empfehlung, dass Träger ein polizeiliches Führungszeugnis abverlangen.

Herr Weber wies darauf hin, dass bei Abverlangen durch einen Träger es auch der Träger bezahlen muss. Er verwies darauf, dass durch die Träger gar kein Einfluß darauf genommen werden kann, wen er nimmt. Die über die ARGE gesetzte Zeitschiene ist zu kurz, um Bewerbungen im ursprünglichen Sinn zuzulassen. D.h. es können keine Bewerbungsunterlagen zeitgerecht abgefordert werden.

Es wurde **Frau Gellert** die Empfehlung gegeben, einfach einen Antrag bei der ARGE auf Finanzierung des polizeilichen Führungszeugnisses zu stellen und abzuwarten, wie der Bescheid ausfällt.

zu 11 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

zu 12 Mitteilungen

Frau Hanna Haupt informierte darüber, dass der Verein Bildungswerk der Wirtschaft Sachsen-Anhalt e.V. jetzt eine Anerkennung auf Landesebene hat.

Gez. Hanna Haupt

Rochau

Ausschussvorsitzende

Fachbereichsleiter

Gez. Kaupke

Protokollantin